Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgeld freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark).
Fernsprecher Nr. 17. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger" oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes.
Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund".

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonnabend: „Wort und Bild", illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 27 — Sonnabend, den 3. März — **1928**

Frankreich rollt die Frage der Militärkontrolle auf.

Ernste politische Schwierigkeiten auf der Tagung des Völkerbundrates.

Die am Montag in Genf beginnenden Verhandlungen des Völkerbundrates werden zum Inhalt die Frage einer militärischen Kontrolle des Völkerbundes in Ungarn haben, und zwar wird diese Frage durch die französische Regierung aufgerollt werden. Die französische Regierung möchte einmal das Verfahren der Militärkontrolle des Völkerbundes, der sogenannten Investigation, in Gang bringen, besonders gegen Ungarn, um ihr Ansehen bei den von der französischen Politik abhängigen Staaten des Ostens zu verstärken. Sie möchte aber auch zweitens mit einem einmal gefaßten grundsätzlichen Beschluß des Völkerbundrates für eine Investigation die notwendigen praktischen Vorbereitungen für den Fall treffen, daß sie einmal den Wunsch haben sollte, eine Militärkontrolle des Völkerbundrates auch gegenüber Deutschland durchzusetzen. Aus dieser Situation können in Genf sehr ernste politische Schwierigkeiten entstehen. Von der Haltung der deutschen Delegation bei dieser Frage wird hier viel für die künftige Behandlung der Kontrollfrage zwischen Deutschland und Frankreich und damit auch für die Frage der Rheinlandräumung abhängen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung des Völkerbundrates haben weniger Bedeutung. Die wichtigsten Danziger Fragen sind bereits von der Tagesordnung wieder abgesetzt. Im übrigen gedenkt man die Zahl der Ratssitzungen in jedem Jahre zu beschränken.

Coolidge über Amerikas Flottenprogramm.

Washington. Präsident Coolidge soll den ihn zu weiterer Beschränkung der Flottenrüstungen auffordernden Delegierten kirchlicher Vereinigungen erwidert haben, das gegenwärtige Marineprogramm halte sich innerhalb der in Genf von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Grenzen und bleibe weit hinter den damaligen englischen Bedingungen zurück. Es könne daher nicht als aggressiv oder unmäßig bezeichnet werden. Amerika wünsche Frieden, und kein anderes Land brauche sich wegen der amerikanischen Flottenbauten zu beunruhigen.

Das Notprogramm stößt auf Schwierigkeiten.

Es ist behauptet worden, es würden sich Schwierigkeiten bei der Durchführung des Notprogramms hauptsächlich hinsichtlich der Gefrierfleischeinfuhr ergeben, die herabgesetzt werden soll. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, nimmt man nicht an, daß diese Meldungen richtig sind, da auch das Zentrum für das Fleisch-Programm des Reichsernährungsministers eintreten dürfte.

Die Schwierigkeiten liegen vielmehr bei der Behandlung der Zentralgenossenschaftskasse und des Rentenbankgesetzes. Man erwartet, daß Preußen auf diesem Gebiet im Reichsrat einen Vorstoß machen wird. Im Reichstag ist es auch bekannt, daß Preußen in dieser Hinsicht auf die Zentrumsfraktion des Reichstages einen starken Druck ausübt. Es dürfte die sofortige Inangriffnahme der Materie nötig sein, damit man erkennen kann, ob überhaupt die Durchführung des Notprogramms, wie sie zwischen den früheren Regierungsparteien vereinbart wurde, möglich ist.

Die Notlage der memelländischen Landwirtschaft.

Memel. Die von etwa 500 Landwirten besuchte Generalversammlung des Verbandes der Landwirtschaft im Memelgebiet in Pagegen entrollte ein trauriges Bild der Lage der memelländischen Landwirtschaft. In zahlreichen Reden wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Ruin der Landwirtschaft und damit des ganzen Memelgebietes nur noch durch schleunige Herabsetzung von Steuern und Zöllen sowie durch bindende Wirtschaftsverträge mit Deutschland verhindert werden könne. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, durch Gewährung langfristiger Kredite, Aufhebung des Einfuhrzolls für wirtschaftliche Bedarfsartikel, Beseitigung der hohen Paß- und Visagebühren sowie durch Steuerermäßigungen und -streichungen der Landwirtschaft zu helfen.

Der Betrug bei den Leunawerken vor Gericht.

Frankenthal. Im Anschluß an die Vernehmung Wagners wurde zu Beginn des dritten Verhandlungstages eine Kassiberaffäre verhandelt. Wagner gab zu, seinen Helfershelfern nach seiner Verhaftung Anleitung gegeben zu haben,

wie sie sich verhalten sollten, wenn die Betrügereien seiner Firma einmal aufgedeckt würden.

Der erste Mitangeklagte und frühere Leiter der bautechnischen Abteilung, Oberingenieur Schönberg, bestritt jede Schuld, stellte auch in Abrede, daß er in seinem geschäftlichen Verkehr mit Wagner über die Grenzen des üblichen hinausgegangen sei und Geschenke, die er als Schmiergelder hätte betrachten müssen, angenommen habe. Der Mitangeklagte Ingenieur Frühauf gab zu, von Wagner Geldbeträge in Höhe von 6- bis 7000 Mark erhalten zu haben.

Furchtbares Bergwerksunglück bei Recklinghausen.

Zwei Förderkörbe abgestürzt. — 12 Tote, 35 Schwerverletzte.

Recklinghausen. Auf der Zeche „Ewald Fortsetzung in Erkenschwick" bei Recklinghausen ereignete sich Donnerstag früh ein schweres Unglück. Zwei Förderkörbe stürzten infolge Seilbruchs in die Tiefe. Nach den vorläufigen Feststellungen waren die beiden Förderkörbe mit insgesamt 48 Mann besetzt. Hiervon sind 12 Mann tot, die übrigen 36 mehr oder minder schwer verletzt.

Das Unglück, das zu den schwersten seiner Art gehört, die in den letzten Jahren im Ruhrbergbau vorgekommen sind, ereignete sich mit dem ersten Seilfahrtszug, der mit Leuten der Nachtschicht aus der Grube bzw. mit Leuten der Morgenschicht in die Grube fuhr. Die Ursache der Katastrophe ist bisher noch völlig unaufgeklärt. Der Förderkorb wird durchaus neuzeitlich von zwei erfahrenen, zuverlässigen Maschinisten bedient. Plötzlich schnellte der westlich aufgehende Förderkorb unter die feste Fangvorrichtung. Der mit 27 Mann vollbesetzte östlich niedergehende Förderkorb sauste in den Schachtsumpf. Die Rettungsarbeiten vollzogen sich trotz der lokalen Schwierigkeiten in geradezu vorbildlicher Weise. In nicht ganz anderthalb Stunden war die Bergung sämtlicher Opfer vollzogen. Die Toten sind auf der Zeche aufgebahrt.

Die Toten und Verletzten haben furchtbare Schädel- und Knochenbrüche und innere Quetschungen davongetragen. Bei einer Reihe der Schwerverletzten ist der Zustand so bedenklich, daß mit einer weiteren Steigerung der Zahl der Todesopfer gerechnet werden muß.

An der Stätte des Todes.

Angst und Sorge trieb Tausende vor die Schachteingänge, die freilich gesperrt waren. Auf dem Gelände vor der Schachtanlage und auf den Straßen, die zu der Gewerkschaft führten, wurde die Menschenmenge immer größer, und die unvermeidbar wirren Gerüchte schufen zeitweise eine beängstigend schwüle Atmosphäre, die die Spannung aufs höchste trieb, zumal man eine Anzahl von Tragbaren zum Förderschacht bringen sah, auf denen sich meist nur Verletzte befanden, aber auch schon über manchen war bereits das stille Totentuch gebreitet — davon Kunde gebend, daß eine Anzahl Lebenslichter bei der schweren Pflichterfüllung in harter Tragik unvermittelt ausgelöscht

Der König von Afghanistan spendet 20 000 Mark für die Armen Berlins. Der König von Afghanistan hat 1000 englische Pfund (= 20 000 Mark) für die Armen Berlins gespendet, die dem Magistrat Berlin zu Händen von Oberbürgermeister Böß übergeben wurden.

Das afghanische Königspaar in Dessau und Dresden. Das afghanische Königspaar hat sich von Berlin aus nach Dessau begeben, wo es aufs wärmste begrüßt wurde. Nach einer Besichtigung der Junkerswerke begab sich das Königspaar sofort nach Dresden.

Die Landwirtschaftshilfe vor dem Reichstag

Reichsernährungsminister Schiele leitete die Aussprache im Reichstag am Mittwoch mit programmatischen Erklärungen über die Hilfe der Reichsregierung für die Landwirtschaft ein. Zur Stabilisierung der Viehpreise seien ein Betrag von 22 Millionen Reichsmark, zur Finanzierung des landwirtschaftlichen Personalkreditbedarfs und des Warenumsatzes 25 Millionen, zur raschen Durchführung von Maßnahmen gegen die dringendsten Notstände 30 Millionen, zum Zwecke der Beschaffung langfristigen Leihkapitals 100 Millionen vorgesehen. Die Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte, führte Schiele weiter aus, werde durch die gewaltige Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln entscheidend beeinflußt. Sie habe im letzten Jahre den Betrag von 4 Milliarden Mark überstiegen. Hiervon könnten wir 3 Milliarden durch eigene Erzeugung ersetzen. Voraussetzung dafür würde

eine planmäßige Handelspolitik

sein.

In der Aussprache will der Sozialdemokrat Tempel die Not der Landwirtschaft dadurch heben, daß die Kaufkraft der Bevölkerung heraufgesetzt werde. Der Deutschnationale Jandrey erklärte, die Hilfsaktion könne nur ein Anfang sein. Das Kontingent von 120 000 Tonnen Gefrierfleisch entspräche einer Menge von 1,2 Millionen Schweinen. Wenn man diese der Landwirtschaft abnehmen würde, würde man ihr schon große Hilfe leisten. Abgeordneter Reyses (Ztr.) hielt die Hilfsaktion für etwas reichlich spät. Besonders groß sei die Notlage in den östlichen und westlichen Grenzgebieten. Durch die jetzige Not verlören wir ganze Provinzen im Frieden.

Der Volksparteiler Janson bezeichnete die Neuverzinsung der hohen Schulden als geradezu erdrückend. Dem Notprogramm müßten weitere Maßnahmen folgen. Zur Hebung des Milchabsatzes sollte man die Qualität verbessern. Die Industrie habe sich in ihrer Not kartelliert; die Landwirtschaft konnte das wegen ihrer Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen nicht. Deshalb brauche sie Zollschutz. Nachdem der bayerische Volksparteiler Lang noch für die Allgäuer Milchwirtschaft gesprochen hatte, wurde die Debatte geschlossen.

Ein Beigeordneter des Deutschen Städtetages ins Reichsinnenministerium berufen. Zu der vorbereitenden Beratung der Fragen, die den im Verfolg der Länderkonferenz einzuberufenden Verfassungsausschuß beschäftigen sollen, ist Herr Dr. Löser, Beigeordneter des Deutschen Städtetages, vorübergehend in das Reichsinnenministerium berufen worden.

Um die Verabschiedung des Verfahrensgesetzes. Im Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen ließ die Regierung erklären, daß ihr an einer Verabschiedung des Verfahrensgesetzes viel gelegen sei. Sie sei bereit, in bestimmten Fragen entgegenzukommen. Der Ausschuß beschloß, einen Unterausschuß einzusetzen, um über die strittigen Punkte zu einer Einigung zu gelangen.